Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5720

08. 10. 96

Sachgebiet 753

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern

A. Zielsetzung

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mußte eine neue Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit an den Grenzgewässern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik geschaffen werden. Die bisherige Zusammenarbeit erfolgte im tschechisch-bayerischen Grenzgewässerabschnitt ohne einen Grenzgewässervertrag durch beauftragte Grenzgewässerbevollmächtigte beider Seiten. Im sächsisch-tschechischen Grenzgewässerabschnitt wurde die Zusammenarbeit nach Erlöschen des Grenzgewässerabkommens zwischen der DDR und der CSSR von 1974 durch Grenzgewässerbeauftragte beider Seiten fortgesetzt.

Der am 12. Dezember 1995 in Dresden unterzeichnete Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern soll künftig die erforderliche einheitliche Rechtsgrundlage bilden.

Die bisherige Zusammenarbeit durch Grenzgewässerbevollmächtigte und -beauftragte wird im Rahmen der Grenzgewässerkommission durch einen Ständigen Ausschuß Bayern und einen Ständigen Ausschuß Sachsen kontinuierlich fortgesetzt.

Der Vertrag entspricht ähnlichen bewährten Regelungen, die teilweise seit langem mit westlichen, östlichen und südlichen Nachbarstaaten, z. B. den Niederlanden, Polen und Österreich bestehen.

Die wesentlichen Ziele des Vertrags sind, die Instandhaltung und Instandsetzung sowie eine abgestimmte Bewirtschaftung der Grenzgewässer zu gewährleisten und ihre Wasserqualität zu verbessern. Zur Erreichung dieser Ziele wollen die Vertragsparteien in allen erforderlichen Bereichen zusammenarbeiten, z. B. bei der Unterhaltung und beim Ausbau von Wasserläufen, beim Bau, Betrieb und der

Unterhaltung von Wasserbauwerken und von Einrichtungen für wasserwirtschaftliche Messungen, beim Schutz vor Hochwasser und Eisgefahr, beim Warn- und Alarmdienst, bei der Nutzung der Wasserenergie, bei der Wasserentnahme, bei der Einleitung von Wasser und Abwasser, beim Schutz und bei der Verbesserung der Wasserbeschaffenheit der Gewässer, bei der Ausweisung von Wasserschutzgebieten, bei Untersuchungen und Messungen, beim Schutz aquatischer und litoraler Biotope usw. (vgl. im einzelnen Artikel 3).

B. Lösung

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen für die Ratifikation des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Bund, Länder und Gemeinden werden durch den Vertrag nicht mit Kosten belastet, da sich das in Deutschland geltende Recht nicht ändert.

Ebenso wird die inländische Wirtschaft nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind somit nicht zu erwarten.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (321) – 632 00 – Wa 107/96

Bonn, den 8. Oktober 1996

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 12. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 702. Sitzung am 27. September 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf

Gesetz zu dem Vertrag vom 12. Dezember 1995 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Dresden am 12. Dezember 1995 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern nebst Statut wird zugestimmt. Der Vertrag nebst Statut werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 15 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland mußte eine neue Rechtsgrundlage für die Zusammenarbeit an den Grenzgewässern zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik geschaffen werden. Die bisherige Zusammenarbeit erfolgte im tschechisch-bayerischen Grenzgewässerabschnitt ohne einen Grenzgewässervertrag durch beauftragte Grenzgewässerbevollmächtigte beider Seiten. Im sächsisch-tschechischen Grenzgewässerabschnitt wurde die Zusammenarbeit nach Erlöschen des Grenzgewässerabkommens zwischen der DDR und der CSSR von 1974 durch Grenzgewässerbeauftragte beider Seiten fortgesetzt. Die künftige Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten soll auf der Grundlage des am 12. Dezember 1995 abgeschlossenen Grenzgewässervertrags erfolgen.

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes erforderlich, weil der Vertrag das Verwaltungsverfahren von Landesbehörden regelt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 15 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Besondere gesetzliche Ausführungsbestimmungen zum Vertrag sind nicht erforderlich.

Bund, Länder und Gemeinden werden durch den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern vom 12. Dezember 1995 nicht mit Kosten belastet, da sich das in Deutschland geltende Recht nicht ändert.

Ebenso wird die inländische Wirtschaft nicht mit Kosten belastet, da ein Sekretariat für die Grenzgewässerkommission nicht errichtet wird. Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind somit nicht zu erwarten.

Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern

Smlouva mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o spolupráci na hraničních vodách v oblasti vodního hospodářství

Die Bundesrepublik Deutschland

und

die Tschechische Republik –

in dem Bemühen, die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern zu regeln und weiter zu verbessern,

geleitet von dem Vertrag vom 3. November 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über die gemeinsame Staatsgrenze,

ausgehend von dem Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit,

eingedenk der Ziele des Übereinkommens vom 17. März 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen,

mit dem Ziel, die Instandhaltung und Instandsetzung und – soweit notwendig – die Wiederherstellung sowie eine abgestimmte Bewirtschaftung der Grenzgewässer zu gewährleisten und ihre Wasserqualität zu verbessern,

davon überzeugt, daß die enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern von gegenseitigem Vorteil ist und zur Festigung gutnachbarlicher Beziehungen beiträgt –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Vertragsparteien arbeiten auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern zusammen.

Artikel 2

(1) Grenzgewässer sind

a) die Abschnitte der Wasserläufe oder Hauptarme, deren Mittellinie die Staatsgrenze bildet;

b) die Wasserläufe, die von der Staatsgrenze gekreuzt werden, in einem Bereich von beiderseits 15 Metern vom Kreuzungsquerschnitt;

Spolková republika Německo

a

Česká republika

vedeny snahou upravit a dále zlepšovat spolupráci na hraničních vodách v oblasti vodního hospodářství,

vycházejíce ze Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou republikou o společných státních hranicích ze dne 3. listopadu 1994,

vycházejíce ze Smlouvy mezi Spolkovou republikou Německo a Českou a Slovenskou Federativní Republikou o dobrém sousedství a přátelské spolupráci ze dne 27. února 1992,

majíce na mysli cíle Úmluvy o ochraně a využívání hraničních vodních toků a mezinárodních jezer ze dne 17. března 1992,

s cílem zabezpečit úpravy, potřebnou údržbu a obnovu, jakož i koordinované obhospodařování hraničních vod a zlepšovat jejich jakost,

přesvědčeny o tom, že úzká spolupráce na hraničních vodách v oblasti vodního hospodářství představuje vzájemné výhody a přispívá k upevňování dobrých sousedských vztahů,

se dohodly takto:

Článek 1

Smluvní strany spolupracují na hraničních vodách v oblasti vodního hospodářství.

Článek 2

1) Hraniční vody jsou:

a) úseky vodních toků nebo jejich hlavních ramen, jejichž střednice tvoří státní hranice,

b) vodní toky, které jsou protínány státními hranicemi, v oblasti 15 metrů na obě strany od profilu křížení,

c) die Abschnitte von Elbe und Eger, durch die die Staatsgrenze verläuft;

d) sonstige oberirdische Gewässer und das Grundwasser an der Stelle, an der sie von der Staatsgrenze gekreuzt werden.

(2) Die Bestimmungen dieses Vertrags sind entsprechend anzuwenden auf

a) Gebiete, die von den Grenzgewässern überschwemmt werden;

b) oberirdische Gewässer und auf das Grundwasser in der Nähe der Staatsgrenze, soweit an ihnen Maßnahmen durchgeführt werden, die die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse an den Grenzgewässern wesentlich beeinflussen können;

c) wasserwirtschaftliche Anlagen, insbesondere Wasserleitungen und Kanalisationen, die außerhalb der Grenzgewässer liegen und von der Staatsgrenze gekreuzt werden.

c) úseky vodních toků Labe a Ohře, jimiž probíhají státní hranice,

d) ostatní povrchové a podzemní vody v místě, kde je protínají státní hranice.

2) Příslušná ustanovení této smlouvy se přiměřeně použijí rovněž na:

a) území zaplavovaná hraničními vodami,

b) povrchové a podzemní vody v blízkosti státních hranic, pokud by na nich učiněná opatření mohla významně ovlivnit vodohospodářské poměry na hraničních vodách,

c) vodohospodářská zařízení, zejména vodovody a kanalizace, která leží mimo hraniční vody a jsou proťata státními hranicemi.

Artikel 3

(1) Die Vertragsparteien arbeiten an den Grenzgewässern insbesondere in folgenden Bereichen zusammen:

a) Veränderungen des Wasserhaushalts;

b) Unterhaltung und Ausbau von Wasserläufen;

c) Bau, Betrieb und Unterhaltung von Wasserbauwerken und von Einrichtungen für wasserwirtschaftliche Messungen;

d) Schutz vor Hochwasser und Eisgefahr;

e) Maßnahmen bei außerordentlicher Beeinträchtigung der Wasserqualität, außergewöhnlichen hydrologischen Ereignissen, einschließlich der Warn- und Meldedienste;

f) wasserwirtschaftliche Meliorationsmaßnahmen;

g) Nutzung der Wasserenergie;

h) Wasserentnahmen;

i) Einleiten von Wasser und Abwasser;

j) Schutz und Verbesserung der Wasserbeschaffenheit der Gewässer;

k) Wasserschutzgebiete;

l) bauliche Anlagen, Einrichtungen und Tätigkeiten, die die Abflußverhältnisse beeinflussen können;

m) Untersuchungen, Messungen und Beobachtungen sowie Auswertung und Austausch von Ergebnissen und Informationen;

n) wasserwirtschaftliche Fachplanung und Bilanzierung;

o) Schutz aquatischer und litoraler Biotope;

p) Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts.

(2) Der Vertrag regelt nicht Fragen der Fischereiwirtschaft sowie schiffahrtsbezogene Fragen und Maßnahmen; die Behandlung von Fragen des Schutzes der Grenzgewässer vor Verunreinigungen aus diesen Tätigkeiten wird dadurch jedoch nicht ausgeschlossen.

Článek 3

1) Smluvní strany spolupracují na hraničních vodách zejména v těchto oblastech:

a) změny vodního režimu,

b) udržování a úpravy vodních toků,

c) výstavba, provoz a udržování vodohospodářských děl a zařízení pro vodohospodářská měření,

d) ochrana před povodněmi a ledovým nebezpečím,

e) opatření při mimořádném zhoršení jakosti vody, mimořádných hydrologických událostech, včetně varovné a hlásné služby,

f) vodohospodářská meliorační opatření,

g) využívání vodní energie,

h) odběr vody,

i) vypouštění odpadních a jiných vod,

j) ochrana a zlepšování jakosti vod,

k) ochranná pásma vodních zdrojů,

l) stavby, zařízení a činnosti, jež mohou mít vliv na odtokové poměry,

m) šetření, měření a pozorování, jakož i jejich vyhodnocování a výměna výsledků a informací,

n) vodohospodářské odborné plánování a bilancování,

o) ochrana akvatických a litorálních biotopů,

p) ochrana vod jako součásti přírodního prostředí.

2) Smlouva neřeší otázky rybného hospodářství ani otázky a opatření týkající se lodní dopravy; jednání o otázkách ochrany hraničních vod před znečištěním z těchto činností se však tímto nevylučuje.

Artikel 4

(1) Die Vertragsparteien bilden zur Erfüllung dieses Vertrags eine deutsch-tschechische Grenzgewässerkommission, im folgenden als „Kommission" bezeichnet, und ernennen deren Mitglieder.

(2) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben setzt die Kommission einen Ständigen Ausschuß für den bayerischen Grenzabschnitt, im folgenden „Ständiger Ausschuß Bayern" genannt, und einen Ständigen Ausschuß für den sächsischen Grenzabschnitt, im folgenden „Ständiger Ausschuß Sachsen" genannt, ein.

(3) Zusammensetzung und Verfahren der Kommission, des Ständigen Ausschusses Bayern und des Ständigen Ausschusses Sachsen regelt das diesem Vertrag als Anlage beigefügte Statut, das Bestandteil dieses Vertrags ist.

Článek 4

1) Smluvní strany zřizují k plnění této smlouvy Německo-českou komisi pro hraniční vody (dále jen "Komise") a jmenují její členy.

2) Komise ustaví k plnění svých úkolů Stálý výbor pro bavorský hraniční úsek (dále jen "Stálý výbor Bavorsko") a Stálý výbor pro saský hraniční úsek (dále jen "Stálý výbor Sasko").

3) Složení a postup Komise, Stálého výboru Bavorsko a Stálého výboru Sasko upravuje Statut, který je nedílnou součástí této smlouvy.

Artikel 5

(1) Die Zusammenarbeit umfaßt insbesondere folgende Aufgaben, zu deren Erfüllung die Kommission Grundsätze festlegt:

a) Planung, Vorbereitung und Durchführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen;

b) Unterhaltung von Wasserläufen sowie Bau, Betrieb und Unterhaltung wasserwirtschaftlicher Anlagen;

c) Bewertung der Arbeiten, Leistungen und Lieferungen sowie die gemeinsame Abnahme und gegenseitige Abrechnung dieser wasserwirtschaftlichen Maßnahmen;

d) Ermittlung der Qualität und Quantität der Gewässer sowie Auswertung und Austausch von Ergebnissen;

e) Ausarbeitung von Warn- und Alarmplänen sowie von Maßnahmeplänen gegen Hochwasser, Eisgefahr und bei kritischen Zuständen der Wasserqualität,

f) Ausarbeitung wasserwirtschaftlicher Fachplanungen und Bilanzen;

g) Koordinierung von Verwaltungsverfahren.

(2) Der Kommission obliegt es, die Tätigkeit des Ständigen Ausschusses Bayern und des Ständigen Ausschusses Sachsen zu koordinieren und bei der Durchführung dieses Vertrags auftretende Fragen zu behandeln.

(3) Die Kommission kann Empfehlungen an die Vertragsparteien beschließen, insbesondere Vorschläge für

a) Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Wasserbeschaffenheit;

b) Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der Abflußverhältnisse sowie zum Schutz naturnaher Flächen für die Retention;

c) Maßnahmen zum Schutz aquatischer und litoraler Biotope.

(4) Die Kommission legt für die Zusammenarbeit im Ständigen Ausschuß Bayern und im Ständigen Ausschuß Sachsen die Grundsätze und Aufgaben fest.

(5) Die Kommission legt für die direkte Zusammenarbeit der zuständigen Behörden und Dienststellen die Grundsätze und Aufgaben fest.

Artikel 6

(1) Wasserwirtschaftliche Maßnahmen sind technische Maßnahmen zur Erfüllung der Aufgaben dieses Vertrags.

(2) Die Vertragsparteien unterrichten einander rechtzeitig über ihre Absichten bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen, teilen einander alle erforderlichen Angaben mit und verständigen sich über die weitere Behandlung. Im Rahmen der von der Kommission vorgegebenen Grundsätze kann eine direkte Zusammenarbeit zwischen den jeweils zuständigen Behörden und Dienststellen erfolgen.

(3) Bei außerordentlichen Beeinträchtigungen der Wasserqualität und bei außergewöhnlichen hydrologischen Ereignissen informieren die zuständigen Behörden einander unverzüglich über wasserwirtschaftliche Maßnahmen, die zur Verhütung oder Verminderung von Gefahren ohne vorherige Verhandlungen durchgeführt wurden oder noch durchgeführt werden.

Artikel 7

(1) Jede Vertragspartei trägt die Kosten für die Durchführung der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen auf ihrem Staatsgebiet, die ausschließlich ihren Interessen dienen sollen.

(2) Die Kosten für die Durchführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen, die den Interessen beider Vertragsparteien dienen, werden von den Vertragsparteien im Verhältnis ihrer Interessen getragen, ohne Rücksicht darauf, ob es sich um Arbeiten auf dem Staatsgebiet der einen oder beider Vertragsparteien handelt.

Článek 5

1) Spolupráce zahrnuje zejména tyto úkoly, pro jejichž plnění stanoví Komise zásady:

a) plánování, příparvu a provádění vodohospodářských opatření,

b) udržování vodních toků, jakož i výstavbu, provoz a údržbu vodohospodářských zařízení,

c) oceňování prací, výkonů a dodávek, jakož i společné převzetí a vzájemné vyúčtování těchto vodohospodářských opatření,

d) sledování jakosti a množství vod, jakož i vyhodnocování a výměnu výsledků,

e) vypracování varovných a poplachových plánů opatření proti povodním, ledovému nebezpečí a při kritických stavech jakosti vod,

f) vypracování vodohospodářských odborných plánů a bilancí,

g) koordinaci správních řízení.

2) Komisi přísluší koordinovat činnost Stálého výboru Bavorsko a Stálého výboru Sasko a projednávat otázky, které se vyskytnou při provádění této smlouvy.

3) Komise může přijmout doporučení smluvním stranám, zejména návrhy na opatření k:

a) ochraně a zlepšení stavu jakosti vod,

b) ochraně a zlepšení odtokových poměrů a ochraně přirozených retenčních území,

c) ochraně akvatických a litorálních biotopů.

4) Komise stanoví zásady a úkoly pro spolupráci ve Stálém výboru Bavorsko a ve Stálém výboru Sasko.

5) Komise stanoví zásady pro přímou spolupráci příslušných orgánů a odborných pracovišť.

Článek 6

1) Vodohospadářská opatření jsou technická opatření k plnění úkolů této smlouvy.

2) Smluvní strany se včas vzájemně vyrozumí o svých záměrech na vodohospodářská opatření, sdělí si vzájemně všechny potřebné údaje a vyrozumí se o dalším postupu. V rámci zásad stanovených Komisí je možná přímá spolupráce příslušných orgánů a pověřených odborných pracovišť.

3) Při mimořádných zhoršeních jakosti vody a při mimořádných hydrologických událostech se příslušné orgány neprodleně informují o vodohospodářských opatřeních, která byla nebo ještě budou provedena bez předchozího projednávání za účelem odvrácení nebo zmírnění ohrožení.

Článek 7

1) Každá ze smluvních stran nese náklady na provedení vodohospodářských opatření na území svého státu, jež mají sloužit výlučně jejím zájmům.

2) Náklady na provedení vodohospodářských opatření, jež slouží zájmům obou smluvních stran, ponesou smluvní strany v poměru svých zájmů bez zřetele na to, zda jde o práce na území státu jedné nebo obou smluvních stran.

(3) Die Kosten für wasserwirtschaftliche Maßnahmen, die auf dem Staatsgebiet einer Vertragspartei durchgeführt werden, jedoch ausschließlich den Interessen der anderen Vertragspartei dienen, werden von derjenigen Vertragspartei getragen, deren Interessen die Maßnahmen dienen.

(4) Die mit der Vermessung, Projektierung und Leitung der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen verbundenen Kosten werden von den Vertragsparteien nicht gegenseitig gedeckt, sofern nichts anderes vereinbart wird.

(5) Die Kosten für Maßnahmen der Unterhaltung und des Ausbaus der Grenzgewässer sowie für Unterhaltung und Betrieb wasserwirtschaftlicher Anlagen, die zur Erhaltung oder Verbesserung der Abflußverhältnisse dienen, werden zwischen den Vertragsparteien durch Arbeiten oder Materiallieferungen ausgeglichen, falls nicht eine andere Art des Ausgleichs vereinbart wird. Für den Kostenausgleich anderer wasserwirtschaftlicher Maßnahmen kann die Kommission im Bedarfsfall andere Lösungen vereinbaren.

Artikel 8

(1) Im Rahmen der von der Kommission vorgegebenen Grundsätze

a) ermitteln die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen den physikalischen, chemischen und biologischen Zustand der Grenzgewässer;

b) messen die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen an den eingerichteten Meßstellen die Wasserstände und ermitteln die zugehörigen Abflüsse;

c) führen die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen gemeinsame Untersuchungen an den Grenzgewässern durch.

Die Ergebnisse werden einander mitgeteilt, gemeinsam bewertet und über die Ständigen Ausschüsse der Kommission vorgelegt.

(2) Im Rahmen der von der Kommission vorgegebenen Grundsätze errichten und unterhalten die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen Flußeinteilungszeichen, Höhenmaße, Abflußmeßstellen und Meßquerschnitte in den Grenzgewässern sowie die Grundwassermeßstellen in der Nähe der Staatsgrenze.

Artikel 9

(1) Die Vertragsparteien werden sich im Rahmen der Kommission im Interesse des Schutzes und der rationalen Nutzung der Grenzgewässer über bedeutsame wasserwirtschaftliche Vorhaben und daraus zu erwartende Auswirkungen auf Menge und Qualität der Grenzgewässer gegenseitig informieren.

(2) Die Kommission kann für ausgewählte Grenzgewässer gemeinsame wasserwirtschaftliche Bilanzen, wasserwirtschaftliche Fachplanungen sowie Koordinierungsvereinbarungen zu deren Schutz und Nutzung ausarbeiten.

Artikel 10

(1) Die Vertragsparteien wirken darauf hin, daß die Verunreinigung der Grenzgewässer vermindert wird und daß notwendige Maßnahmen zur Begrenzung, zur Kontrolle und zur Senkung von negativen Folgen der Tätigkeiten auf ihrem Staatsgebiet auf die Grenzgewässer und auf die Umwelt in ihrer Umgebung getroffen werden.

(2) Die Vertragsparteien unterstützen im Rahmen ihrer Rechtsvorschriften den Bau von Anlagen und weitere Maßnahmen zur Vermeidung oder Verminderung der Belastung der Grenzgewässer durch Abwasser und wassergefährdende Stoffe.

Artikel 11

(1) Im Rahmen der von der Kommission vorgegebenen Grundsätze stimmen die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen an den Grenzgewässern ihre Warn- und Alarmpläne

3) Náklady na vodohospodářská opatření, která budou provedena na území státu jedné ze smluvních stran, avšak slouží výlučně zájmům druhé smluvní strany, nese smluvní strana, jejímž zájmům tato opatření slouží.

4) Náklady spojené se zaměřením, projektováním a řízením provádění vodohospodářských opatření si smluvní strany nebudou vzájemně hradit, pokud nebude dohodnuto jinak.

5) Náklady na opatření, týkající se údržby a úprav na hraničních vodách, jakož i údržby a provozu vodohospodářských zařízení, sloužících k zachování nebo zlepšení odtokových poměrů, budou mezi smluvními stranami vyrovnány provedením prací nebo dodávkami materiálu, pokud nebude dohodnut jiný způsob vyrovnání. Pro úhradu nákladů na ostatní vodohospodářská opatření může, v případě potřeby, Komise dohodnout jiný způsob vyrovnání.

Článek 8

1) V rámci zásad stanovených Komisí příslušné orgány a pověřená odborná pracoviště:

a) zjišťují fyzikální, chemický a biologický stav hraničních vod,

b) měří ve zřízených profilech vodní stavy a zjišťují příslušné odtoky,

c) provádějí v zájmu účelnosti společné prohlídky hraničních vod. Výsledky si sdělují, společně je vyhodnocují a prostřednictvím Stálých výborů je předkládají Komisi.

2) V rámci zásad stanovených Komisí zřizují a udržují příslušné orgány a pověřená odborná pracoviště vodní značky, kilometrové a hektometrové znaky, vodočty a měrné profily na hraničních vodách a odměrná místa na podzemních vodách v blízkosti státních hranic.

Článek 9

1) Smluvní strany se budou v rámci Komise, v zájmu ochrany a racionálního využívání hraničních vod, vzájemně informovat o významných vodohospodářských záměrech a od nich očekávaného ovlivnění množství a jakosti hraničních vod.

2) Komise může zpracovat pro vybrané hraniční vody společné vodohospodářské bilance, vodohospodářské odborné plány a dohodnout koordinační ujednání o jejich ochraně a využívání.

Článek 10

1) Smluvní strany budou působit k tomu, aby bylo snižováno znečištění hraničních vod a přijímána nezbytná opatření k omezení, kontrole a snižování negativních důsledků činností z území svých států na hraniční vody a na životní prostředí v jejich okolí.

2) Smluvní strany budou v rámci svých vnitrostátních právních předpisů podporovat výstavbu zařízení a další opatření, jež zabrání nebo zmírní znečištění hraničních vod odpadními vodami a látkami, které jakost těchto vod ohrožují.

Článek 11

1) V rámci zásad stanovených komisí zkoordinují na hraničních vodách příslušné orgány a pověřená odborná pracoviště navzájem ohlašovací a poplachové, jakož i zásahové plány ochrany

sowie Maßnahmepläne gegen Hochwasser, Eisgefahr und bei kritischen Zuständen der Wasserqualität aufeinander ab.

(2) Bei Hochwasser, Eisgefahr und bei kritischen Zuständen der Wasserqualität leisten die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen Hilfe, wenn die Hilfeleistung angefordert wird und möglich ist.

proti povodním a ledovému nebezpečí a plány opatření při kritických stavech jakosti vod.

2) Při povodních, ledovém nebezpečí a kritických stavech jakosti vod si poskytnou příslušné orgány a pověřená odborná pracoviště pomoc, je-li o ni požádáno a pokud je tato pomoc možná.

Artikel 12

(1) Wasserwirtschaftliche Maßnahmen an den Grenzgewässern werden nach den Rechtsvorschriften und von den Behörden jener Vertragspartei beurteilt, auf deren Staatsgebiet die Maßnahmen durchgeführt werden. In die hierfür durchzuführenden Verwaltungsverfahren muß der Standpunkt der anderen Vertragspartei einbezogen werden.

(2) Bei den wasserwirtschaftlichen Maßnahmen an den Grenzgewässern, die auf den Staatsgebieten beider Vertragsparteien durchgeführt werden, erteilen die zuständigen Behörden jeweils für den auf ihrem Staatsgebiet gelegenen Teil der Maßnahmen die Zulassung. Die Verwaltungsverfahren sind so durchzuführen, daß die Bescheidinhalte aufeinander abgestimmt sind.

(3) Bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen an den Grenzgewässern können die Verwaltungsverfahren erst nach Behandlung im jeweiligen Ständigen Ausschuß abgeschlossen werden. Bei Gefahr im Verzug sind Maßnahmen ohne Behandlung im Ständigen Ausschuß, jedoch nach vorheriger Absprache der zuständigen Behörden beider Vertragsparteien zulässig. Die Behandlung im Ständigen Ausschuß sowie ein erforderliches Verwaltungsverfahren können nachträglich erfolgen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können in wasserwirtschaftlichen Verwaltungsangelegenheiten direkten Kontakt aufnehmen.

Článek 12

1) Vodohospodářská opatření na hraničních vodách se posuzují podle vnitrostátních právních předpisů a orgány té smluvní strany, na jejímž území státu se opatření provádějí. Ve správních řízeních konaných za tímto účelem musí být projednáno stanovisko druhé smluvní strany.

2) U vodohospodářských opatření na hraničních vodách, jež budou prováděna na území států obou smluvních stran, udělují povolení příslušné orgány pro část vodohospodářských opatření na území svého státu. Správní řízení musí být prováděna tak, aby rozhodnutí byla vzájemně obsahově sladěna.

3) U vodohospodářských opatření na hraničních vodách může být správní řízení ukončeno teprve po projednání v příslušném Stálém výboru. Při nebezpečí z prodlení je přípustné provedení opatření bez projednání ve Stálém výboru, avšak po předchozí dohodě příslušných orgánů obou smluvních stran. Projednání ve Stálém výboru, jakož i nutné správní řízení, se může uskutečnit dodatečně.

4) Příslušné orgány smluvních stran mohou ve vodohospodářských správních záležitostech vstupovat do přímého styku.

Artikel 13

(1) Soweit sachlich geboten, erfolgt eine Zusammenarbeit und Koordinierung der Kommission mit der Internationalen Kommission zum Schutz der Elbe, der Internationalen Kommission zum Schutz der Oder gegen Verunreinigung sowie mit anderen bilateralen und multilateralen Kommissionen im Bereich der Wasserwirtschaft.

(2) Die Kommission arbeitet mit der Ständigen deutsch-tschechischen Grenzkommission zusammen, soweit es um Fragen des Grenzverlaufs in den Grenzgewässern geht. Die Ständigen Ausschüsse äußern sich auf Anforderung dieser Kommission zu Art und Umfang der Veränderung an den Grenzgewässern, dadurch bedingten Änderungen des Grenzverlaufs und zu den in diesem Zusammenhang zu treffenden Maßnahmen.

Článek 13

1) Komise, pokud je to věcně nutné, spolupracuje a koordinuje činnost s Mezinárodní komisí pro ochranu Labe a Mezinárodní komisí pro ochranu Odry před znečištěním, jakož i s dalšími bilaterálními a multilaterálními komisemi v oblasti vodního hospodářství.

2) Komise spolupracuje se Stálou německo-českou hraniční komisí, pokud se jedná o otázky průběhu hranic hraničními vodami. Stálé výbory se na požádání této komise vyjadřují k způsobu a rozsahu změn na hraničních vodách, k tím způsobeným změnám průběhu hranic a k opatřením, která je třeba v této souvislosti učinit.

Artikel 14

(1) Personen, die Staatsangehörige einer der beiden Vertragsparteien sind, können zur Wahrnehmung der Aufgaben im Rahmen dieses Vertrags die Staatsgrenze an einem festgelegten oder an einem durch die Erfüllung dieser Aufgaben bedingten Punkt überschreiten, wenn sie die Zustimmung der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei eingeholt haben sowie ein gültiges Grenzübertrittsdokument und einen Dienstausweis mitführen. Die Bestimmungen gelten bezüglich dieser Aufgaben auch für Angehörige dritter Staaten, die in keinem der beiden Staaten und in keinem der Mitgliedstaaten der Europäischen Union der Visumspflicht unterliegen.

(2) Personen, die im Rahmen dieses Vertrags die Staatsgrenze überschreiten, unterliegen der Paß- und Zollkontrolle.

(3) Von Ein- und Ausfuhrabgaben befreit sind Materialien, die aus dem Zollgebiet des Staates der einen Vertragspartei in das Zollgebiet des Staates der anderen Vertragspartei ausgeführt und für Arbeiten im Rahmen dieses Vertrags verwendet werden. Das nicht verbrauchte Material ist in das Zollgebiet des Staates der Vertragspartei, aus dem es eingeführt wurde, wieder auszuführen.

Článek 14

1) Osoby, které jsou příslušníky státu jedné ze smluvních stran, mohou za účelem provádění úkolů podle této smlouvy překračovat státní hranice v určeném místě nebo v místě potřebném k plnění těchto úkolů, pokud mají souhlas příslušného orgánu druhé smluvní strany a mají u sebe platný doklad pro překračování státních hranic a služební průkaz. Ustanovení platí u těchto úkolů také pro příslušníky třetích států, kteří nepodléhají v žádném z obou států smluvních stran a v žádném z členských států Evropské unie vízové povinnosti.

2) Osoby překračující státní hranice podle této smlouvy podléhají pasové a celní kontrole.

3) Materiál, který je vyvážen z celního území státu jedné smluvní strany na celní území státu druhé smluvní strany a je používán pro práce podle této smlouvy, je osvobozen od dovozních a vývozních cel a poplatků. Nespotřebovaný materiál bude vyvezen zpět na celní území státu smluvní strany, odkud byl dovezen.

(4) Ein- und Ausfuhrabgaben im Sinne des Vertrags sind die Ein- und Ausfuhrzölle sowie alle anderen anläßlich der Wareneinfuhr und der Warenausfuhr zu erhebenden Steuern und Gebühren.

(5) Unter der Voraussetzung der Wiederausfuhr sind von Ein- und Ausfuhrabgaben und auch von einer Leistung der Sicherheit befreit: Fahrzeuge, Werkzeuge, Geräte, Instrumente, Apparate und Maschinen, die aus dem Zollgebiet des Staates der einen Vertragspartei in das Zollgebiet des Staates der anderen Vertragspartei für Arbeiten im Rahmen dieses Vertrags eingeführt werden. Diese Gegenstände sind spätestens innerhalb eines Monats nach Beendigung der Arbeiten in das Zollgebiet wieder auszuführen, aus dem sie eingeführt wurden.

(6) Auf die in den Absätzen 3 und 5 genannten Waren, die im Rahmen dieses Vertrags verwendet wurden, finden Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen keine Anwendung.

Artikel 15

(1) Die Regierungen der Vertragsparteien notifizieren einander, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten des Vertrags erfüllt sind. Der Vertrag tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem die letzte Notifikation eingegangen ist.

(2) Durch Inkrafttreten dieses Vertrags bleiben die bestehenden Wasserrechte an Grenzgewässern und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen unberührt.

(3) Dieser Vertrag wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(4) Nach Ablauf von fünf Jahren nach seinem Inkrafttreten kann der Vertrag von der Regierung jeder Vertragspartei durch Notifikation spätestens sechs Monate zum Ende des Kalenderjahres gekündigt werden. Der Vertrag tritt in diesem Fall mit Ablauf des entsprechenden Kalenderjahrs außer Kraft.

(5) Die Weiterführung von bereits begonnenen oder von zeitlich begrenzten gemeinsamen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen und die diesen Maßnahmen zugrunde liegenden Vereinbarungen bleiben von der Kündigung dieses Vertrags unberührt. Hinsichtlich dieser Maßnahmen ist Artikel 7 bis zu deren Abschluß anzuwenden.

(6) Dieser Vertrag ersetzt das Abkommen vom 27. Februar 1974 zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern. Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt auch die im Notenwechsel vom 4./11. Dezember 1981 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik enthaltene Regelung über die Beauftragung von Grenzgewässerbevollmächtigten außer Kraft. Die Weiterführung von bereits begonnenen oder zeitlich begrenzten gemeinsamen wasserwirtschaftlichen Maßnahmen sowie zu wasserwirtschaftlichen Aufgaben an den Grenzgewässern abgeschlossene Vereinbarungen bleiben hiervon unberührt.

Geschehen zu Dresden am 12. Dezember 1995 in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

4) Dovozními a vývozními cly a poplatky podle této smlouvy jsou dovozní a vývozní cla, jakož i všechny jiné daně a poplatky, vybírané při dovozu a vývozu zboží.

5) Za předpokladu zpětného vývozu jsou osvobozeny od dovozních a vývozních cel a poplatků a také od povinnosti zajištění celního dluhu: vozidla, nářadí, přístroje, nástroje, aparáty a stroje, které se dovážejí z celního území státu jedné smluvní strany na celní území státu druhé smluvní strany pro práce podle této smlouvy. Tyto předměty je třeba vyvézt nejpozději do měsíce po skončení prací na celní území, ze kterého byly dovezeny.

6) Na zboží uvedené v odstavcích 3 a 5, které se používá podle této smlouvy, se nevztahují dovozní a vývozní zákazy a omezení.

Článek 15

1) Vlády smluvních stran si vzájemně vymění diplomatickou cestou písemná sdělení, že pro vstup smlouvy v platnost byly vytvořeny potřebné vnitrostátní předpoklady. Smlouva vstupuje v platnost 30 dnů po dni, kdy bude doručeno poslední písemné sdělení potvrzující vnitrostátní schválení.

2) Vstupem této smlouvy v platnost zůstávají nedotčena stávající vodní práva na hraničních vodách a s nimi spojené závazky.

3) Tato smlouva se uzavírá na neurčitou dobu.

4) Po uplynutí pěti let od vstupu v platnost může být tato smlouva vládou každé ze smluvních stran písemně diplomatickou cestou vypovězena nejpozději šest měsíců před koncem kalendářního roku. Smlouva pozbývá v tomto případě platnosti uplynutím příslušného kalendářního roku.

5) Pokračování již započatých nebo časově omezených společných vodohospodářských opatření a ujednání, která jsou základem těchto opatření, zůstávají vypovězením smlouvy nedotčena. Pokud jde o tato opatření, bude článek 7 uplatňován až do jejich dokončení.

6) Tato smlouva nahrazuje Dohodu mezi vládou Německé demokratické republiky a Československé socialistické republiky o spolupráci ve vodním hospodářství na hraničních vodách ze dne 27. února 1974. Vstupem této smlouvy v platnost pozbývá platnosti i úprava obsažená v nótách vlády Spolkové republiky Německo a Československé socialistické republiky ze dne 4. a 11. prosince 1981 o jmenování zmocněnců pro hraniční vody. Pokračování již započatých nebo časově omezených společných vodohospodářských opatření, jakož i ujednání uzavřená o vodohospodářských úkolech na hraničních vodách zůstávají tím nedotčena.

Dáno v Drážďanech dne 12. prosince 1995 ve dvou původních vyhotoveních, každé v německém a českém jazyce, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Za Spolkovou republiku Německo
Adolf von Wagner
Angela Merkel

Für die Tschechische Republik
Za Českou republiku
František Benda

Statut der deutsch-tschechischen Grenzgewässerkommission und ihrer Ständigen Ausschüsse

Statut Německo-české komise pro hraniční vody a jejích Stálých výborů

Artikel 1

(1) Die Delegation der Bundesrepublik Deutschland und die Delegation der Tschechischen Republik in der Kommission besteht aus je bis zu neun Mitgliedern. Jede Vertragspartei bestellt aus ihren Delegationsmitgliedern einen Bevollmächtigten, der gleichzeitig Leiter ihrer Delegation in der Kommission ist, sowie seinen Vertreter, ferner die Delegationsleiter der Ständigen Ausschüsse und deren Vertreter. Die Anzahl der Mitglieder der Delegationen in den Ständigen Ausschüssen wird von der Kommission festgelegt.

(2) Jede Delegation hat eine Stimme. Beschlüsse werden mit Zustimmung beider Delegationen gefaßt.

Artikel 2

(1) Die Kommission tritt in der Regel einmal im Jahr zusammen, in dringenden Fällen innerhalb von zwei Monaten auf Antrag eines Bevollmächtigten. Die Sitzungen sind so anzuberaumen, daß die kontinuierliche Arbeit der Ständigen Ausschüsse gewährleistet ist.

(2) Die Sitzungen der Ständigen Ausschüsse finden wenigstens einmal jährlich rechtzeitig vor der Sitzung der Kommission statt.

(3) Sofern nichts anderes vereinbart ist, treten die Kommission sowie ihre Ständigen Ausschüsse abwechselnd in der Bundesrepublik Deutschland und in der Tschechischen Republik zusammen.

(4) Die Einberufung einer Sitzung erfolgt durch den Delegationsleiter der Vertragspartei, in deren Staatsgebiet die Sitzung stattfinden soll, im Einvernehmen mit dem Delegationsleiter der anderen Vertragspartei.

(5) Zwischen den Tagungen der Kommission können die Bevollmächtigten und die Delegationsleiter der Ständigen Ausschüsse in begründeten Fällen direkt verhandeln. Die Ergebnisse solcher Verhandlungen werden der Kommission bei ihrer nächsten Tagung vorgelegt.

Artikel 3

(1) Die Ständigen Ausschüsse fertigen über die Ergebnisse ihrer Sitzungen eine Niederschrift in zwei Ausfertigungen, jede in deutscher und in tschechischer Sprache, die von den Delegationsleitern unterschrieben und der Kommission vorgelegt wird.

(2) Die Kommission fertigt über die Ergebnisse ihrer Sitzungen ein Protokoll in zwei Ausfertigungen, jede in deutscher und in tschechischer Sprache, das von den Bevollmächtigten unterschrieben wird. Die Niederschriften der Sitzungen der Ständigen Ausschüsse sind Bestandteil des Protokolls.

(3) Die Bevollmächtigten legen das Protokoll ihren Regierungen schnellstmöglich zur Zustimmung vor. Sie informieren einander unverzüglich über die Entscheidungen.

(4) Das Protokoll tritt an dem Tag in Kraft, an dem beide Bevollmächtigten die Mitteilung über die Zustimmung der anderen Vertragspartei erhalten haben.

Článek 1

1) Delegace Spolkové republiky Německo a České republiky v Komisi jsou složeny nejvýše z devíti členů. Každá smluvní strana ustanoví ze členů své delegace zmocněnce, který je současně i vedoucím delegace v Komisi, jakož i jeho zástupce, dále ustanoví vedoucí delegací Stálých výborů a jejich zástupce. Počet členů delegací ve Stálých výborech stanoví Komise.

2) Každá delegace má jeden hlas. Usnesení jsou přijímána souhlasem obou delegací.

Článek 2

1) Komise se schází zpravidla jednou ročně, v naléhavých případech nejpozději do dvou měsíců na požádání jednoho ze zmocněnců. Zasedání je nutno svolávat tak, aby byla zaručena kontinuální práce Stálých výborů.

2) Zasedání Stálých výborů se konají alespoň jednou ročně v dostatečném předstihu před zasedáním Komise.

3) Pokud není dohodnuto jinak, schází se Komise a její Stálé výbory střídavě na území Spolkové republiky Německo a na území České republiky.

4) Zasedání svolává vedoucí delegace smluvní strany, na jejímž území státu se zasedání bude konat, po dohodě s vedoucím delegace druhé smluvní strany.

5) Mezi zasedáními Komise mohou zmocněnci a vedoucí delegací Stálých výborů jednat v odůvodněných případech přímo. Výsledky takových jednání předkládají Komisi na jejím příštím zasedání.

Článek 3

1) Stálé výbory sepisují o výsledcích svých zasedání Zápisy ve dvou vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, které podepisují vedoucí delegací a předkládají je Komisi.

2) Komise sepisuje o výsledcích svých zasedání Protokol ve dvou vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, které podepisují zmocněnci. Součástí Protokolu jsou Zápisy Stálých výborů.

3) Zmocněnci předkládají Protokol v co nejkratší době svým vládám ke schválení. O výsledcích se vzájemně bezodkladně informují.

4) Protokol vstupuje v platnost dnem, kdy oba zmocněnci obdrží oznámení o jeho schválení druhou smluvní stranou.

Artikel 4

(1) Jede Delegation in der Kommission und in den Ständigen Ausschüssen ist berechtigt, Sachverständige beizuziehen.

(2) Die Kommission und die Ständigen Ausschüsse können Sachverständige mit der Durchführung einzelner, genau bezeichneter Aufgaben beauftragen.

Článek 4

1) Každá delegace v Komisi a ve Stálých výborech má právo na přizvání odborných znalců.

2) Komise a Stálé výbory mohou uložit odborným znalcům provedení jednotlivých, přesně definovaných úkolů.

Artikel 5

Jede Delegation in der Kommission und in den Ständigen Ausschüssen trägt ihre eigenen Kosten sowie die Kosten ihrer Sachverständigen und Dolmetscher.

Článek 5

Každá delegace v Komisi a ve Stálých výborech hradí své náklady, jakož i náklady na své odborné znalce a tlumočníky.

Artikel 6

Die Kommission und die Ständigen Ausschüsse können bei Bedarf für einzelne Grenzgewässerabschnitte sowie für einzelne Fachgebiete Sachverständigengruppen einsetzen, die paritätisch zu besetzen sind, und deren Aufgaben festlegen.

Článek 6

Komise a Stálé výbory mohou vytvořit pro jednotlivé úseky hraničních vod a pro jednotlivé odbornosti podle potřeby skupiny odborných znalců s paritním obsazením a stanovit jejich úkoly.

Artikel 7

Die Arbeitssprachen der Kommission und ihrer beiden Ständigen Ausschüsse sind Deutsch und Tschechisch.

Článek 7

Pracovními jazyky Komise a Stálých výborů jsou němčina a čeština.

Artikel 8

Die Kommission und die Ständigen Ausschüsse geben sich jeweils eine Geschäftsordnung.

Článek 8

Komise a Stálé výbory si stanoví jednací řády.

Denkschrift zum Vertrag

Allgemeines

Der am 12. Dezember 1995 in Dresden unterzeichnete Vertrag soll die Grundlage für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den deutsch-tschechischen Grenzgewässern bilden. Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien erfolgt in der deutsch-tschechischen Grenzgewässerkommission, die nach Artikel 4 des Vertrages gebildet wird. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben setzt die Kommission nach Artikel 4 Abs. 2 einen Ständigen Ausschuß für den bayerischen Grenzabschnitt und einen Ständigen Ausschuß für den sächsischen Grenzabschnitt ein. Die Zusammensetzung und die Verfahrensweise der Kommission und der Ständigen Ausschüsse regelt ein Statut, das Bestandteil des Vertrags ist. Die Zusammenarbeit der Vertragsparteien erfolgt ferner durch direkte Kontakte der zuständigen Behörden und Einrichtungen.

Die wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit der Vertragsparteien auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern umfaßt unter Berücksichtigung des Grundsatzes des Schutzes der natürlichen Umwelt insbesondere:

a) Veränderungen des Wasserhaushalts;

b) Unterhaltung und Ausbau von Wasserläufen;

c) Bau, Betrieb und Unterhaltung von Wasserbauwerken und von Einrichtungen für wasserwirtschaftliche Messungen;

d) Schutz vor Hochwasser und Eisgefahr;

e) Maßnahmen bei außerordentlicher Beeinträchtigung der Wasserqualität, außergewöhnlichen hydrologischen Ereignissen, einschließlich der Warn- und Meldedienste;

f) wasserwirtschaftliche Meliorationsmaßnahmen;

g) Nutzung der Wasserenergie;

h) Wasserentnahmen;

i) Einleiten von Wasser und Abwasser;

j) Schutz und Verbesserung der Wasserbeschaffenheit der Gewässer;

k) Wasserschutzgebiete;

l) bauliche Anlagen, Einrichtungen und Tätigkeiten, die die Abflußverhältnisse beeinflussen können;

m) Untersuchungen, Messungen und Beobachtungen sowie Auswertung und Austausch von Ergebnissen und Informationen;

n) wasserwirtschaftliche Fachplanung und Bilanzierung;

o) Schutz aquatischer und litoraler Biotope;

p) Schutz der Gewässer als Bestandteil des Naturhaushalts.

Die praktische Zusammenarbeit erfolgt entsprechend der verfassungsrechtlichen Zuständigkeit der Bundesländer für den Vollzug der Wasserwirtschaft zwischen den Bundesländern Sachsen und Bayern einerseits und den zuständigen Behörden der Tschechischen Republik andererseits im Rahmen der Ständigen Ausschüsse für die Grenzabschnitte Bayern/Tschechische Republik und Sachsen/Tschechische Republik.

Die Kommission befaßt sich mit der Koordinierung sowie mit der Erörterung auftretender Fragen.

Besonderes

Zum Vertrag

Zu Artikel 1

Artikel 1 enthält die gegenseitige Verpflichtung der Vertragsparteien zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wasserwirtschaft an den Grenzgewässern.

Zu Artikel 2

Absatz 1 definiert die Grenzgewässer im Sinne des Vertrags.

Absatz 2 definiert den Anwendungsbereich des Vertrags.

Zu Artikel 3

Absatz 1 enthält eine Aufzählung der Bereiche der wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit.

Absatz 2 schließt die Behandlung von Fragen der Fischerei und der Schiffahrt aus, bezieht jedoch daraus resultierende Verunreinigungen ein.

Zu Artikel 4

Absatz 1 regelt die Bildung einer deutsch-tschechischen Grenzgewässerkommission.

Absatz 2 sieht die Einrichtung von je einem Ständigen Ausschuß für die Grenzabschnitte Bayerns und Sachsens zur Tschechischen Republik vor.

Absatz 3 enthält den Hinweis auf das zum Vertrag gehörige Statut, das Zusammensetzung und Verfahren der Kommission und der Ständigen Ausschüsse sowie deren Befugnisse regelt.

Zu Artikel 5

Absatz 1 legt die Aufgabenbereiche für die Zusammenarbeit fest, für die die Kommission die Grundsätze definiert. Er beschreibt die Verfahrensweisen bei der Zusammenarbeit zur Erfüllung der in Artikel 3 aufgeführten Aufgaben.

Absatz 2 bestimmt, daß die Kommission die Tätigkeit der nach Artikel 4 Abs. 2 eingerichteten Ständigen Ausschüsse koordiniert und alle Fragen, die bei Durchführung des Vertrags entstehen, behandelt.

Absatz 3 legt fest, daß die Kommission Empfehlungen an die Vertragsparteien beschließen kann, die konkrete Maßnahmen beinhalten.

Absatz 4 beauftragt die Kommission, die Grundsätze und Aufgaben festzulegen, auf deren Grundlage die Zusammenarbeit der Ständigen Ausschüsse erfolgt.

Absatz 5 bestimmt, daß die Kommission die Grundsätze und Aufgaben für die direkte Zusammenarbeit der zustän-

digen Behörden und Dienststellen der Vertragsparteien festlegt.

Zu Artikel 6

Absatz 1 definiert wasserwirtschaftliche Maßnahmen als technische Maßnahmen zur Erfüllung der Aufgaben des Vertrags.

Absatz 2 legt fest, daß sich die Vertragsparteien über wesentliche wasserwirtschaftliche Maßnahmen unterrichten und beraten.

Absatz 3 regelt die Verfahrensweise bei außergewöhnlichen Beeinträchtigungen der Wasserqualität und außergewöhnlichen hydrologischen Ereignissen.

Zu Artikel 7

Absatz 1 regelt die Kostentragung für wasserwirtschaftliche Maßnahmen, die ausschließlich im Interesse des sie durchführenden Staates liegen.

Absatz 2 regelt die Kostentragung für Maßnahmen, die im Interesse beider Vertragsstaaten liegen.

Absatz 3 regelt die Kostentragung für Maßnahmen, die auf dem Staatsgebiet einer Vertragspartei liegen, jedoch im ausschließlichen Interesse der anderen Vertragspartei liegen.

Absatz 4 regelt die Tragung der Kosten, die bei der Vermessung, Projektierung und Leitung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen entstehen.

Absatz 5 regelt die Kostentragung für Maßnahmen der Unterhaltung und des Ausbaus der Grenzgewässer sowie für Unterhaltung und Betrieb wasserwirtschaftlicher Anlagen.

Zu Artikel 8

Absatz 1 legt fest, daß die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen gemeinsam den Gewässerzustand und die Wasserstände der Grenzgewässer untersuchen sowie die Ergebnisse über die Ständigen Ausschüsse an die Kommission weiterleiten.

Absatz 2 verpflichtet die zuständigen Behörden und beauftragten Dienststellen beider Vertragsparteien zur gemeinsamen Errichtung und Unterhaltung von Flußeinteilungszeichen, Höhenmaßen, Abflußmeßstellen und Meßquerschnitten in den Grenzgewässern sowie der Grundwassermeßstellen.

Zu Artikel 9

Absatz 1 regelt die gegenseitige Informationspflicht der Vertragsparteien bei bedeutsamen wasserwirtschaftlichen Vorhaben.

Absatz 2 ermöglicht der Kommission, für ausgewählte Grenzgewässer gemeinsame wasserwirtschaftliche Bilanzen, wasserwirtschaftliche Fachplanungen sowie Koordinierungsvereinbarungen zu deren Schutz und Nutzung auszuarbeiten.

Zu Artikel 10

Absatz 1 formuliert allgemein die Verpflichtung, die Verunreinigung der Grenzgewässer, die von Tätigkeiten auf dem Staatsgebiet der Vertragsparteien ausgehen, zu reduzieren.

Absatz 2 enthält das Einvernehmen der Vertragsparteien, Maßnahmen zur Reduzierung der Verschmutzung der Grenzgewässer zu unterstützen.

Zu Artikel 11

Absatz 1 regelt die Zusammenarbeit der zuständigen Behörden der Vertragsparteien bei der Warn- und Alarmplanung sowie bei der Abstimmung der Maßnahmepläne gegen Hochwasser, Eisgefahr und kritische Zustände der Wasserqualität.

Absatz 2 regelt die gegenseitige Hilfestellung bei Hochwasser, Eisgefahr und kritischen Zuständen der Wasserqualität.

Zu Artikel 12

Absatz 1 legt fest, nach welchen Rechtsvorschriften wasserwirtschaftliche Maßnahmen in durchzuführenden Verwaltungsverfahren beurteilt werden.

Absatz 2 regelt die Vorgehensweise im Rahmen des Verwaltungsverfahrens bei Maßnahmen, die das Staatsgebiet beider Vertragsparteien betreffen.

Absatz 3 verpflichtet die Vertragsparteien, Verwaltungsverfahren erst nach Behandlung im jeweils zuständigen Ausschuß abzuschließen.

Absatz 4 erlaubt es den zuständigen Behörden der Vertragsparteien, in wasserwirtschaftlichen Verwaltungsangelegenheiten direkten Kontakt aufzunehmen.

Zu Artikel 13

Absatz 1 regelt die Zusammenarbeit mit anderen wasserwirtschaftlichen Kommissionen.

Absatz 2 verpflichtet die Kommission zur Zusammenarbeit mit der Ständigen deutsch-tschechischen Grenzkommission.

Zu Artikel 14

Die Absätze 1 und 2 regeln die Bedingungen für das Überqueren der Staatsgrenze zur Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen des Vertrags.

Absatz 3 beinhaltet die Zollbestimmungen für mitgeführte Materialien, die für die Durchführung von wasserwirtschaftlichen Maßnahmen erforderlich sind.

Absatz 4 definiert Ein- und Ausfuhrabgaben im Sinne des Vertrags.

Absatz 5 regelt die Befreiung von Gegenständen von der Ein- und Ausfuhrabgabe.

Absatz 6 regelt die Ausnahme von Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen für unter Absatz 3 und 5 genannte Waren.

Zu Artikel 15

Absatz 1 regelt das Verfahren für das Inkrafttreten des Vertrags.

Absatz 2 legt fest, daß mit Inkrafttreten des Vertrags bestehende Wasserrechte an Grenzgewässern und damit zusammenhängende Verpflichtungen unberührt bleiben.

Absatz 3 bestimmt die Geltungsdauer des Vertrags.

Absatz 4 regelt die Kündigungsmodalitäten des Vertrags.

Absatz 5 regelt die Verfahrensweise bei wasserwirtschaftlichen Maßnahmen für den Fall der Kündigung des Vertrags.

Absatz 6 regelt das Außerkrafttreten von Vereinbarungen der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik Deutschland mit der ehemaligen CSSR.

Zum Statut der deutsch-tschechischen Grenzgewässerkommission und ihrer Ständigen Ausschüsse

Zu Artikel 1

Absatz 1 regelt die Zusammensetzung der Kommission und der Ständigen Ausschüsse aus Delegationen der Vertragsparteien sowie die Anzahl der jeweiligen Delegationsmitglieder.

Absatz 2 beschreibt das Beschlußverfahren.

Zu Artikel 2

Absatz 1 regelt den Zusammentritt der Kommission.

Absatz 2 regelt den Zusammentritt der Ständigen Ausschüsse.

Absatz 3 bezeichnet den Modus der Ortswahl für die Sitzungen der Kommission und der Ständigen Ausschüsse.

Absatz 4 beschreibt das Verfahren für die Einberufung der Kommissionssitzungen und der Sitzungen der Ständigen Ausschüsse.

Absatz 5 eröffnet die Möglichkeit von direkten Verhandlungen zwischen den Vorsitzenden.

Zu Artikel 3

Absatz 1 legt die Erstellung eines Sitzungsprotokolls für die Ständigen Ausschüsse fest, das der Kommission vorgelegt wird.

Absatz 2 legt die Erstellung eines Sitzungsprotokolls für die Kommissionssitzungen fest. Diese Protokolle umfassen als Bestandteil die gebilligten Protokolle der Ständigen Ausschüsse.

Absatz 3 legt fest, daß das Protokoll der Sitzung der Bevollmächtigten für die Grenzgewässerabschnitte den jeweiligen Regierungen zur Zustimmung vorgelegt wird.

Absatz 4 regelt das Inkrafttreten der Protokolle nach Abs. 3.

Zu Artikel 4

Absatz 1 gestattet den Delegationen, in der Kommission und in den Ständigen Ausschüssen Sachverständige hinzuzuziehen.

Absatz 2 erlaubt es der Kommission und den Ständigen Ausschüssen, Sachverständige mit der Durchführung bestimmter Aufgaben zu betrauen.

Zu Artikel 5

Artikel 5 regelt die Kostentragungspflicht der die Vereinbarung schließenden Parteien.

Zu Artikel 6

Artikel 6 ermöglicht es der Kommission und den Ständigen Ausschüssen, bei Bedarf für einzelne Grenzgewässerabschnitte sowie Fachgebiete Sachverständigengruppen einzurichten.

Zu Artikel 7

Artikel 7 legt Deutsch und Tschechisch als Arbeitssprachen der Kommission und der Ständigen Ausschüsse fest.

Zu Artikel 8

Artikel 8 regelt die Befugnis der Kommission und der Ständigen Ausschüsse zum Erlaß einer Geschäftsordnung.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 62170128 10.96
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333